

P r o t o k o l l

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 06. September 2010 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:56 Uhr

Anwesenheit

Herr Braun
Frau Bruns
Herr Dr. Fassbinder
Frau Görs
Herr Kolbe
Herr Liskow
Herr Prof. Dr. Matschke
Herr Mundt
Frau Dr. Schwenke
Frau Socher
Herr Voß
Herr Pegel i.V. für Herrn Dr. Kerath

Entschuldigt

Herr Dr. Kerath

Verwaltung

Frau Demuth
Herr Feldt
Frau Hoffmann
Herr Hochheim
Herr Niemeyer
Herr Kremer
Herr Hildebrandt
Herr Stahl, BauBeCon
Frau Tammert, BauBeCon
Frau Teetz
Herr Wille
Herr Hauck
Herr Wixforth
Frau Franz

Gäste

OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Information zur gemeinsamen Sondersitzung Bau / FA-LSA am 14.09.2010
 - Klimaschutzkonzept
 - Fernwärmesatzung
 - Radverkehrsplan
5. Diskussion zum Kriterienkatalog für den Verkauf von Grundstücken in Sanierungsgebieten
6. Erarbeitung Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011, Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept
- 6.1. Mittelfristige Finanzplanung und Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes
- 6.2. Planung Verwaltungshaushalt 2011
- 6.3. Planung Vermögenshaushalt 2011 - Prioritätenliste
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 7.1. Winterdienst „An der Christuskirche“ 05/282
OTV Schönwalde II
- 7.2. Einführung eines Kinderbeauftragten 05/304
CDU-Fraktion
- 7.3. Umbenennung der Straße des Friedens 05/337
CDU-Fraktion
- 7.4. Umwidmung der Haushaltsstelle 1.63200.961000 05/306
CDU-Fraktion
- 7.5. Jahresabschluss 2009 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/332
Dez. I / Abwasserwerk

- | | | |
|-------|---|--------|
| 7.6. | Benutzungs- und Entgeltordnung über die Nutzung von Räumen in kommunalen Verwaltungsgebäuden, Schulen und anderen städtischen Einrichtungen
<i>Dez. I , Amt 10</i> | 05/334 |
| 7.7. | Weiterführung der ARGE-Struktur auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund
<i>Dez. III</i> | 05/324 |
| 7.8. | Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt des Amtes für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen nach § 16 Abs. 2 SGB II - Haushaltsstelle 0.48200.784110
<i>Dez. III, Amt 51</i> | 05/338 |
| 7.9. | Betreibung Caspar-David-Friedrich-Haus
<i>Oberbürgermeister</i> | 05/325 |
| 7.10. | 1. Änderungssatzung zur Sondernutzungsgebührensatzung /Wiecker Brücke
<i>Dez. II , Amt 66</i> | 05/321 |
| 7.11. | Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens entsprechend § 7 BHO zur Markterkundung "Baukonzession kommunale Anschlussbahn"
<i>Dez. II , Amt 66</i> | 05/287 |
| 7.12. | Beschluss zur Abschnittsbildung für die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme "Hornschuchstraße" in den B-Planungsgebieten Nr. 40.1 - Wolgaster Straße /West-, Nr. 40.2 - Wolgaster Straße / Mitte und Nr. 40.3 - Wolgaster Straße / Ost
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/319 |
| 7.13. | Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2011 - Prioritätenlisten
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/336 |
| 7.14. | 2. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (B.-Nr. B463-31/08)
<i>Dez. III , Amt 32</i> | 05/200 |
| 7.15 | Abgabe für "Google Street View" und vergleichbare Internetdienste
<i>Bündnis 90 / Die Grünen</i> | 05/340 |
| 7.16. | Kulturförderabgabe
<i>Bündnis 90 / Die Grünen</i> | 05/341 |
| 8. | Informationen der Verwaltung | |
| 8.1. | Informationen zum Arbeitsstand des Projektes zur Einführung der Doppik | |

- 8.2. Aktuelle Entwicklung des Haushaltes
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Bestätigung des Protokolls vom 07.06.2010
12. Bestätigung des Protokolls der SS vom 22.06.2010
13. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Vor Sitzungsbeginn spricht Herr Hochheim seine Glückwünsche gegenüber Herrn Braun aus, dem für das Engagement beim Aufbau Ost zusammen mit seiner Ehefrau das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde.

Der Finanzausschuss schließt sich diesen Glückwünschen an.

Herr Prof. Matschke eröffnet die Ausschusssitzung mit 12 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Prof. Matschke schlägt vor, die Tischvorlage – Außerplanmäßige Ausgabe für die Sanierung des Grabens 25/2 – 1. BA „Obstbausiedlung“ aufgrund ihrer Dringlichkeit unter TOP 7.17. zu behandeln.

Da es keine weiteren Änderungswünsche gibt, wird die Tagesordnung mit dieser Änderung genehmigt.

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Thomas Schmidt vom Verein Kultur- und Initiativhaus Greifswald e.V. lädt zur Veranstaltungswoche 10 Jahre–Lovis vom 04.10. bis 10.10.10 ein. Unter anderem findet am 07.10.10 eine Podiumsdiskussion im Pommerschen Landesmuseum statt.

Zu TOP: 4. Information zur gemeinsamen Sondersitzung Bau / FA-LSA am 14.09.2010
- Klimaschutzkonzept
- Fernwärmesatzung

- Radverkehrsplan

Herr Prof. Matschke stellt fest, dass es terminliche Probleme gibt, da er und einige Ausschussmitglieder voraussichtlich an der Sitzung nicht teilnehmen können.

Herr Hochheim erklärt dazu, dass es nicht möglich war, die Sachverständigen, die jeweils mitgearbeitet haben, in alle Ausschüsse zu bekommen. Da die Sitzung noch vor der Bürgerschaft stattfinden sollte, wurde als einzig möglicher Termin der 14.09.10 gefunden.

Er hofft aber, dass trotzdem viele Ausschussmitglieder an der Sondersitzung teilnehmen können.

Herr Hildebrandt erklärt anhand von Folien das Klimaschutzkonzept und beantwortet in der anschließenden Diskussion zusammen mit Herrn Hochheim Fragen.

Zu TOP: 5. Diskussion zum Kriterienkatalog für den Verkauf von Grundstücken in Sanierungsgebieten

Herr Stahl von der BauBeCon stellt diesen Kriterienkatalog ebenfalls bildlich dar.

Inhaltlich werden der Stand der Verkäufe im Sanierungsgebiet, die noch zu veräußernden Grundstücke und der genaue Prozessablauf aufgezeigt.

Herr Hauck beantwortet im Anschluss umfassend die Fragen der Ausschussmitglieder.

Diskutiert wird auch, nach welchen Kriterien die Vergabe der Grundstücke erfolgt.

Für die Vergabeentscheidungen wurde ein Punktesystem erstellt. Es besteht eine Arbeitsgruppe, in der jeweils ein Vertreter aus dem Stadtbauamt, dem Liegenschaftsamt, der Denkmalbehörde und ein Mitarbeiter der BauBeCon tätig sind.

Herr Prof. Matschke stellt abschließend fest, dass die Kriterien Nutzungskonzept, Sanierungskonzept, Gestaltungskonzept nicht säuberlich zu trennen sind, so dass „Verwischungen“ stattfinden. Er bittet Herrn Stahl, dass der Vortrag von 2009 hinsichtlich der Zahlen aktualisiert und dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Weiter wünscht er mit Blick auf das Nutzungskonzept/Finanzierungskonzept einige erläuternde Stichpunkte und eine zusätzliche Folie über mögliche Kriterien eines Nutzungskonzeptes sowie mögliche Kriterien eines Finanzierungskonzeptes, um anhand dieses Beispiels das Zustandekommen der Punktzahl zu erklären.

Zu TOP: 6.1. Mittelfristige Finanzplanung und Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Herr Wille:

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wird auf der Basis des vorgelegten 1. Planentwurfes vorgenommen. Die Fortschreibung wird in einigen Punkten nicht möglich sein. Im bestehenden Konzept gibt es viele Ausgabepositionen im Bereich Sozialausgaben und Jugendhilfe, die konsolidiert werden sollen und deutliche Größenordnungen umfassen. Wenn die Stadt im September nächsten Jahres nicht mehr Träger dieser Aufgaben ist, dann sind diese Annahmen für das Konzept nicht mehr zu gebrauchen.

Zu TOP: 6.2. Planung Verwaltungshaushalt 2011

Herr Wille:

Momentan besteht die schwierige Situation, dass es im nächsten Jahr erhebliche Strukturänderungen geben wird. Da diese im beträchtlichen Maß in die Finanzplanung eingreifen werden, ist es im jetzigen Moment schwierig, dem Finanzausschuss Zahlenmodelle für die mittelfristige Finanzplanung vorzulegen.

Überraschend wurde in das Gesetz aufgenommen, dass die Haushaltsplanung des Jahres 2011 von dem Kreisstrukturgesetz berührt wird. Wenn sich der neue Landkreis im September nächsten Jahres bildet, wird eine Funktionsnachfolge für die Aufgaben eintreten, die der Stadt durch den Verlust der Kreisfreiheit entzogen werden. Die Stadt würde ab 05.09.10 für eventuelle Zahlungen, die aus diesen Aufgaben resultieren, nicht mehr die zuständige Körperschaft sein. Die Fragen, welche Aufgaben die Stadt zurückholt und welche Aufgaben sie gegebenenfalls weiterführen möchte, sind noch nicht beantwortet.

Aus den genannten Gründen hat man sich entschieden, eine Planung für das ganze Jahr zu erarbeiten. Bei den Haushaltsansätzen wird so getan, als gäbe es die Kreisgebietsreform nicht.

Für die Zahlungen, die daher nicht geleistet werden, muss die Stadt eine Ausgleichszahlung an den Landkreis vornehmen; dafür entfällt die anteilige Kreisumlage des Jahres 2011.

Um einen halbwegs vernünftigen Haushaltsplan aufzustellen, wird die Haushaltssatzung alle Haushaltsstellen als Deckungsquelle für etwaige Ausgleichszahlungen heranziehen, die von der Kreisstrukturreform betroffen sind.

Der 1. Entwurf für den Verwaltungshaushalt liegt bereits intern vor; es wird von einem Defizit im nächsten Jahr von 6 Mio. EUR ausgegangen.

Zielstellung des Oberbürgermeisters in Richtung Verwaltung ist, dass ein ausgeglichener Haushaltsplan zur Beschlussfassung vorgelegt wird. In der Bürgerschaftssitzung im September wird der Entwurf in groben Eckdaten vorgestellt und der Plan ausgegeben. Damit wird die Haushaltsdiskussion eröffnet.

Zu TOP: 6.3. Planung Vermögenshaushalt 2011 - Prioritätenliste

Zum Vermögenshaushalt wird an die Finanzausschussmitglieder die Prioritätenliste ausgegeben. Die Liste wird durch Amt 20 ebenfalls elektronisch zur Verfügung gestellt.

Anhand von Folien erläutert Herr Wille jeden Punkt der vier Kategorien der Prioritätenliste. Auf Grundlage der Prioritätenliste wird der Vermögenshaushalt erarbeitet.

Kategorie 0, knapp 12,5 Mio. €, beinhaltet unabweisbare Maßnahmen, wie Krankenhausbau, Städtebauförderung, Ausbau des Omnibusbahnhofs, Greifschule und die Tagesstätte „Am Grünland“ sowie bereits genehmigte Programme.

Kategorie 1 beinhaltet Investitionen, bei denen die Stadt mit einer hohen Fördermittelquote rechnet, wie z. B. die Sanierung und der Ausbau des Standortes der Feuerwehr in der Wolgaster Straße, die Herrichtung des Gewerbegebiets/Technologiepark Herrenhufen, die Gestaltung des Bahnhofvorplatzes und der Rückbau der Greifschule.

Die Kategorie 2 enthält die sonstigen Maßnahmen im Volumen unter 50 TEUR. Die Kategorie 3 enthält die sonstigen Maßnahmen über 50 TEUR. Derzeit wird mit einer Kreditaufnahme von 4,5 Mio. EUR geplant.

Sollte aus den Reihen der Bürgerschaft die Setzung der Prioritäten anders gesehen werden, bittet Herr Wille um einen Beschluss, damit dies bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und bei der Haushaltsdurchführung berücksichtigt werden kann.

Zu TOP: 7. Diskussion von Beschlussvorlagen

Prof. Matschke schlägt vor, den TOP 7.13. vorzuziehen, um Herrn Stahl aus der Sitzung entlassen zu können.

Dieser Vorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Zu TOP: 7.13. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2011 - Prioritätenlisten

Gemäß Bürgerschaftsbeschluss sind alle Maßnahmen der Städtebauförderung, die im Haushalt des Folgejahres eingestellt werden sollen, zur Mittelbeantragung in Form einer Prioritätenliste vorzulegen.

Herr Stahl erläutert die Prioritätenlisten, die jeweils in vier Kategorien unterteilt sind.

Abschließend erklärt Herr Prof. Matschke, dass die Information zur Beantragung ausreichend war und schlägt vor, entweder die Vorlage

nur zur Kenntnis zu nehmen und erst in den Fraktionen zu diskutieren, was er persönlich begrüßen würde, oder gleich abzustimmen.

Nach Diskussion wird die Vorlage abgestimmt:

10 Ja-Stimmen, 2 Enth.

Zu TOP: 7.1. Winterdienst „An der Christuskirche“

Herr Wixforth nimmt Stellung zu der Vorlage der Ortsteilvertretung Schönwalde II.

Die Straße „An der Christuskirche“ soll in die Straßenreinigungssatzung aufgenommen werden, da diese ehemalige Baustraße heute eine normale Straße ist und bisher weder gereinigt noch winterdienstlich betreut wurde. Gerade im letzten Winter führte das zu untragbaren Zuständen während der Gottesdienstzeiten.

Die Finanzausschussmitglieder sind der Meinung, dass es nach dem Gleichheitsprinzip dann eine Gesamtaufstellung der Straßen geben müsse, wo ebenfalls Mängel beim Winterdienst bestehen. Andere Straßen hätten außerdem eine höhere Priorität. Einzelmaßnahmen in dieser Form werden nicht befürwortet. Daher wird die Vorlage abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **1 Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen, 2 Enth.**

Zu TOP: 7.2. Einführung eines Kinderbeauftragten

Herr Liskow bringt die Vorlage der CDU-Fraktion ein.

Die Bürgerschaft der UHGW soll einen Kinderbeauftragten bestellen, der hauptamtlich tätig ist. Dieser soll die Interessen von Kindern vertreten und in dieser Richtung städtische Aktivitäten koordinieren, planen und kontrollieren. Seit 1992 gilt das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes“ auch in der BRD. Eines davon ist die freie Meinungsäußerung, Information und Gehör. Die UHGW soll eine kinderfreundliche Stadt sein. Die nähere Aufgabenbeschreibung des Kinderbeauftragten soll durch den OB geregelt werden.

Angemerkt in der Diskussion wird, dass es bereits eine Planstelle der Familienbeauftragten gibt, die diese Aufgaben mit übernehmen könnte.

Abstimmungsergebnis: **5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enth.**

Zu TOP: 7.3. Umbenennung der Straße des Friedens

In Bezug auf die bevorstehende Städtepartnerschaft sowie zur Unterstützung des Projekts Europäische Kulturhauptstadt Stettin wird von der CDU-Fraktion die Umbenennung des Straßenverlaufs über Trelleborger Weg, Kotka-Ring und Straße des Friedens bis zur Wolgaster Straße in Stettiner Straße beantragt.

Nach Diskussion erklärt Herr Mundt, dass die CDU-Fraktion die Vorlage nicht abstimmen lässt.

Zu TOP: 7.4. Umwidmung der Haushaltsstelle 1.63200.961000

Es hat sich gezeigt, dass das Projekt Diagonalquerung nicht für die geplanten 100.000 EUR möglich ist. Daher beantragt die CDU-Fraktion, dieses Geld für die Sanierung der Radwege zu verwenden. Besonders in der Anklamer Straße besteht dahingehend Handlungsbedarf.

Nach Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.
Abstimmungsergebnis: **5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Ent.**

Zu TOP: 7.5. Jahresabschluss 2009 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Im Jahresabschluss zum 31.12.2009 des Abwasserwerkes wird die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung festgestellt. Dem Betriebsleiter soll Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 erteilt und der Lagebericht 2009 genehmigt werden.

Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der PwC Aktiengesellschaft-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, NL Schwerin, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2010 des Abwasserwerkes durch den Landesrechnungshof M-V zur Kenntnis.

Die Frage von Herrn Kolbe zum Anstieg bei der Bilanzposition Betriebs- und Geschäftsausstattung, Aktiv-Seite der Bilanz Sachanlagen, Ziffer 6 gegenüber dem Vorjahr wird von Frau Teetz außerhalb des Finanzausschusses, wie folgt, beantwortet:

Der Anstieg der Buchwerte resultiert nach Aussage des Abwasserwerkes im Wesentlichen aus der Anschaffung eines Hochdruck-, Saug- und Spülfahrzeuges im Wert von ca. 212 TEUR.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 7.6. Benutzungs- und Entgeltordnung über die Nutzung von Räumen in kommunalen Verwaltungsgebäuden, Schulen und anderen städtischen Einrichtungen

Die Vorlage wird durch Frau Demuth eingebracht.
Die derzeit gültige Satzung entspricht nicht mehr der aktuellen Situation. Die neue Benutzungs- und Entgeltordnung ist unter Berücksichtigung von Hinweisen und Empfehlungen des IM M-V vom 15.11.2007 zur Formulierung und Gestaltung des Textteils und der

Nutzungsvereinbarung verfasst worden.

Nach dieser neuen Entgeltordnung sind Veranstaltungen der Fraktionen im Bürgerschaftssaal nicht mehr erlaubt, da sie unter politische Veranstaltungen fallen. Über Geld zur Anmietung von Räumlichkeiten verfügen die Fraktionen aber nicht.

Nach Diskussion beschließt der Finanzausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, die alte Regelung wieder aufzunehmen und damit die Fraktionssitzungen als politische Veranstaltungen herauszunehmen. Mit dieser Änderung wird die Vorlage abgestimmt:

8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enth.

Zu TOP: 7.7. Weiterführung der ARGE-Struktur auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Agentur für Arbeit Stralsund

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **11 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

Zu TOP: 7.8. Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt des Amtes für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen nach § 16 Abs. 2 SGB II - Haushaltsstelle 0.48200.784110

Herr Wille erklärt, dass es um die Übernahme von Elternbeiträgen in der Tagespflege und in den Kindertagesstätten geht. Erst in diesem Jahr gab es eine Gebührenanhebung in den kommunalen Kindertagesstätten, und bei jeder Gebührenerhöhung steigt auch die Zahl der Eltern, die nicht leistungsfähig sind. Seit Jahren steigen die Ausgaben der Stadt in diesem Bereich. Aus diesen Gründen werden zusätzlich 100.000 € benötigt, die aus Einsparungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung aus dem SGB II gedeckt werden sollen.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

Herr Dr. Fassbinder nimmt zu TOP 7.9 und TOP 7.10 an der Sitzung nicht teil. Damit sind es 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Zu TOP: 7.9. Betreuung Caspar-David-Friedrich-Haus

Das Land M-V als Mitstifter und Zuwendungsgeber des Pommerschen Landesmuseums hat die Bereitschaft erklärt, sich hälftig an den Bewirtschaftungskosten zu beteiligen. Bezüglich der Übernahme der anderen Hälfte der Kosten durch die UHGW in Höhe von ca. 300 TEUR wird seitens des Landes ein klares Votum der

Stadt erwartet.

Der Finanzausschuss stimmt der Abgabe einer
Bereitschaftserklärung zu.

Abstimmungsergebnis: **11 Ja-Stimmen**

*Zu TOP: 7.10. 1. Änderungssatzung zur Sondernutzungsgebührensatzung /Wiecker
Brücke*

Herr Wixforth bringt die Vorlage ein.
Die Bürgerschaft hat beschlossen, für Familien mit Wohnsitz in Ladebow oder Wieck, deren Kinder Schulen oder Kindertagesstätten in Eldena, im OV oder in SW II, SW I/Südstadt besuchen, eine Satzungsregelung herbeizuführen. So sollen 200 kostenlose Überfahrten pro Jahr für das erste Kind und 50 kostenlose Überfahrten pro Jahr für jedes weitere Kind unter 12 Jahren gewährt werden. Um die Kinder in die Einrichtungen zu bringen, führt der Weg in der Regel über die Wiecker Brücke, was mit dem PKW eine gebührenpflichtige Sondernutzung ist. Diese Familien werden daher regelmäßig zusätzlich belastet.

Abstimmungsergebnis: **7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enth.**

Herr Dr. Fassbinder nimmt an der Sitzung wieder teil. Damit sind es 12 stimmberechtigte Mitglieder.

*Zu TOP: 7.11. Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens entsprechend
§ 7 BHO zur Markterkundung "Baukonzession kommunale
Anschlussbahn"*

Herr Wixforth erläutert die Notwendigkeit dieses Verfahrens, da es der Markterkundung vor Durchführung einer Ausschreibung zur Vergabe einer Baukonzession an private Dritte zur Instandsetzung, zur baulichen und betrieblichen Unterhaltung und zum Betrieb der kommunalen Anschlussbahn im eigenen Namen und auf eigene Rechnung dient.

Die Bundesnetzagentur wurde von mehreren Eisenbahnverkehrsunternehmen angeschrieben, die die Strecke befahren wollen, dies aber derzeit nicht können. Die Bundesnetzagentur steht auf dem Standpunkt, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald verpflichtet sei, die Strecke an den Markt zu stellen. Soweit dies wegen des baulichen Zustandes derzeit nicht möglich ist, wäre die Stadt verpflichtet, unverzüglich die Strecke auf eigene Kosten herzurichten. Falls dies die Stadt nicht innerhalb eines halben Jahres von sich aus tut, würde die Stadt mit einem entsprechenden belastenden Verwaltungsakt bedroht werden.

Herr Braun erklärt für die SPD-Fraktion, dass der Vorlage nicht zugestimmt werde, solange kein anderes Gesamtkonzept für den Hafen Ladebow vorliegt.

Frau Socher erklärt, einer solchen Vorlage nicht zustimmen zu können, wenn nicht ausgeschlossen wird, dass industriell veranlasster Güterverkehr stattfindet.

6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enth.

Zu TOP: 7.12. Beschluss zur Abschnittsbildung für die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme "Hornschuchstraße" in den B-Planungsgebieten Nr. 40.1 - Wolgaster Straße /West-, Nr. 40.2 - Wolgaster Straße / Mitte und Nr. 40.3 - Wolgaster Straße / Ost

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enth.**

Zu TOP: 7.14. 2. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (B.-Nr. B463-31/08)

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **11 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

Zu TOP: 7.15. Abgabe für "Google Street View" und vergleichbare Internetdienste

Herr Dr. Fassbinder erläutert, dass durch eine solche Abgabe die Einnahmen der Stadt erhöht werden sollen. Geklärt werden muss die Frage des Urheberrechts und der kommerziellen Nutzung.

Prof. Matschke schlägt vor, die Prüfungen der Städte Ratingen oder Remscheid abzuwarten.

Nach Diskussion wird die Vorlage abgestimmt:

2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 6 Enth.

Zu TOP: 7.16. Kulturförderabgabe

Herr Dr. Fassbinder bringt die Vorlage ein. Hintergrund ist ebenfalls, die Einnahmen zu erhöhen und hier konkret aus den Gewinnen der Hoteliers durch die Mehrwertsteuersenkungen auf Übernachtungen.

Die Steuer ist ab Januar 2010 von 19 % auf 7 % gesenkt worden. Ein Teil des Geldes aus diesem Steuergeschenk sollte für die Stadt verwendet werden und allein der Kulturförderung zugute kommen. Wenn diese Abgabe eingeführt würde, die auch als Aufwandssteuer zu bezeichnen ist, wäre es Aufgabe der Verwaltung die Höhe festzulegen. Dabei könnten z. B. auch Bettenzahlen Berücksichtigung finden.

Die Vorlage wird diskutiert.

Abstimmungsergebnis: **3 Ja-Stimmen, 5 Nein, 4 Enth.**

Zu TOP 7.17. Außerplanmäßige Ausgabe für die Sanierung des Grabens 25/2 – 1. BA „Obstbausiedlung“

Die Tischvorlage wird von Herrn Hochheim eingebracht. Die Ausschreibung hat ergeben, dass eine Sanierung mit dem zur Verfügung stehenden Haushaltsansatz nicht möglich ist. Deshalb müssen jetzt 108 TEUR zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, die aus der vorhandenen allgemeinen Rücklage abgedeckt werden können. Die Sanierung des Grabens trägt zur Lösung des Problems „Überflutungen“ bei.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 8. Information der Verwaltung

Zu TOP: 8.1. Informationen zum Arbeitsstand des Projektes zur Einführung der Doppik

Herr Wille wirbt eingangs um die Teilnahme an einem kostenlosen Seminar zum Produktplan am 02.11.10 im Bürgerschaftssaal. Dieser Produktplan wird vorab als Beschlussvorlage eingereicht und gibt die Grundstruktur für den künftigen Haushalt. Finanziert wird das Seminar aus einer Sonderzuweisung des Innenministeriums. Weiter wird informiert, dass der Zeitplan für die Umstellung der Software mit dem Anbieter jetzt ausdiskutiert ist. Mitte nächsten Jahres wird die Stadt vom jetzigen kameralen System auf ein neues kamerales System umstellen. Am 01.01.2011 wird dann das doppelte System angeschaltet.

Zu TOP: 8.2. Aktuelle Entwicklung des Haushaltes

Herr Wille:

Was den Haushalt betrifft, zeichnen sich viele positive, aber auch eine Reihe negativer Punkte ab. Dazu gehört zum Beispiel die überplanmäßige Ausgabe für den Jugendbereich.

Unsicherheiten bestehen, was die Entwicklung der Gewerbesteuer betrifft. Die letzte Prognose lag bei 800 TEUR, die zum Jahresende fehlen. Gegenwärtig sind ca. 9,5 Mio. EUR im Anordnungssoll. Der Planansatz sagt 12 Mio. EUR aus. Die Betrachtung der letzten fünf Vorjahre ergab, dass Ende August so ziemlich der Jahresstand erreicht war. Das hieße, dass zum Jahresende 2,5 Mio. EUR fehlen. Im Landtag wird gegenwärtig über das Sozialhilfefinanzierungsgesetz diskutiert. Möglicherweise werden der Stadt aus der Verrechnung von Altfällen nochmals 700 TEUR abgezogen. Keineswegs sicher ist, dass der Haushalt so gut wie die Jahre vorher abgeschlossen wird.

Zu TOP: 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Socher möchte zum nächsten Hauptausschuss beantwortet haben, warum auf der Fläche für geplante Wohnbebauung in der Grimmer Straße jetzt eine Kaufhalle steht.

Zu TOP: 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 11. Bestätigung des Protokolls vom 07.06.2010

bestätigt

Zu TOP: 12. Bestätigung des Protokolls der SS vom 22.06.2010

bestätigt

Zu TOP: 13. Schluss der Sitzung

Herr Prof. Matschke beendet die Sitzung um 21.56 Uhr.

Prof. Dr. Manfred Matschke
Ausschussvorsitzender

M. Meyer
für das Protokoll